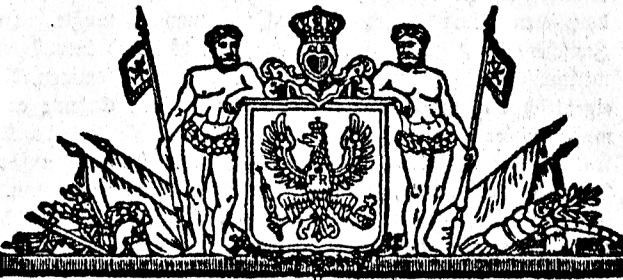


Wossische



Zeitung

Begründet

1764

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660

Die Konferenz des Obersten Rates

Die Gefahr der Verzögerung.

Drahtmeldung.

London, 19. Mai. (W. T. B.)

Wie „Reuter“ aus wohlunterrichteten Kreisen erfährt, besteht alle Aussicht dafür, daß (trotz der Pariser Dementis) der Oberste Rat zum Wochenende zusammentritt. Bisher liegt von französischer Seite kein Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen nicht bereit seien, so bald mit ihren Alliierten auf der Konferenz zusammenzutreffen. Der Eindruck sei vielmehr der, daß die Franzosen dazu willens seien, sobald Briand seine Erklärung in der französischen Kammer abgegeben haben werde. Es wird behauptet, daß alle guten Resultate, die aus der Abhaltung der Konferenz folgen könnten, zunächst gemacht werden würden durch einen Aufschub um einige Wochen, für den gewisse Kreise eintreten. Eine Verzögerung einer endgültigen Aktion könne die Lage nur erschweren. Es sei wenig wahrscheinlich, daß diese Konferenz zu irgendeinem bestimmten Beschluß bezüglich der Zuteilung der streitigen Gebiete kommen werde. Sie werde sich vielmehr auf eine Besprechung der allgemeinen Politik beschränken.

Besuch Mayers bei Briand.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 19. Mai.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer stattete gestern nachmittag dem Ministerpräsidenten Briand einen Besuch ab und hatte mit ihm eine längere Unterredung, welche, da der neue deutsche Außenminister noch nicht ernannt ist, rein privaten Charakter trug.

Der Botschafter erneuerte Briand gegenüber die Versicherung, daß die neue deutsche Regierung entschlossen sei, alle Bestimmungen des Ultimatums zu erfüllen. Er erinnerte hierbei daran, daß das Berliner Kabinett bereits die Bedingungen der Note der interalliierten Militärkontrollkommission bezüglich der Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Luftfahrt, die bis zum 18. Mai erfüllt sein müssen, angenommen hat.

Bayern und das Reich.

Nach der Annahme des Ultimatums.

Ueber die Frage der Selbstschutzzorganisationen finden gegenwärtig unter Führung des Reichskanzlers Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium des Innern und der bayerischen Staatsregierung statt. Die Reichsregierung glaubt, daß diese Angelegenheit zu einem guten Ende geführt werden kann, und sie glaubt dies um so mehr, als auch in Bayern das Verständnis für die Pflichten des Reiches und der Länder nach der Annahme des Ultimatums im Wachsen begriffen ist.

Korfanty erpreßt Kohle.

Oppeln, 18. Mai. (W. T. B.)

Korfanty hat an die Direktion der Vereinigten Königs- und Laurahütte eine Aufforderung gerichtet, vom 18. Mai ab auf Rechnung der polnischen Oberkontrolle von der Grube Gräfin Laura und von den Richterschächten täglich 18 Waggons Kohle nach Sosnowice zu senden. Der Führer der Aufständischen hat Gewaltmaßnahmen angedroht, falls sich die Verwaltung seiner Forderung nicht fügen würde. Das Kohlendepartement der Interalliierten Kommission ist von dieser neuen Gewalttat Korfantys in Kenntnis gesetzt worden. Im Laufe des heutigen Tages sind erneut einige Gruben und Hütten, auf denen zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen worden war, stillgelegt worden, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen und weil die Arbeitswilligen von den Insurgenten mit Gewalt von ihrer Arbeitsstätte vertrieben wurden.

Um das Ruhrgebiet.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 19. Mai.

Nach dem „Journal“ hat der englische Geschäftsträger beim Quai d'Orsay angefragt, welche Haltung Frankreich für den Fall einnehmen würde, daß organisierte deutsche Truppenabteilungen in das obereschlesische Abkommungsgebiet einrücken würden. Die britische Regierung wünsche vor allem zu wissen, ob eine solche Eventualität die Besetzung des Ruhrgebiets zur Folge haben würde.

Das Blatt bemerkt, daß es nicht möglich gewesen sei, auf eine hypothetische Frage dieser Art eine Antwort zu erteilen. Die Erklärungen Briands am vergangenen Sonnabend vor französis-

chen und englischen Pressevertretern hätten genau die Ansichten Frankreichs hinsichtlich der Möglichkeit eines solchen deutschen Vorgehens umschrieben.

Ferner wird bestätigt, daß der englische Delegierte in der Interalliierten Rheinlandkommission eilends nach London gerufen wurde. Diese Reise steht in Beziehung zu der Note, welche die britische Regierung nach Paris gerichtet hat und in der von einer Aufhebung der im März beschlossenen Sanktionen die Rede ist, und zwar so, daß die damals besetzten Häfen von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort geräumt werden sollen und daß die Zolllinie, die am Rhein errichtet wurde, aufgehoben werden soll.

Wie das „Journal“ übrigens mitteilt, wird Lloyd George heute abend anlässlich eines zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harvey gegebenen Festessens eine neue große politische Rede halten.

Oberschlesien und die Oberschlesier.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mg Oppeln, 19. März.

Es besteht die Gefahr, daß bei Fortdauer des jetzigen Zustandes in Oberschlesien das Gesetz der Trägheit zugunsten der Unruhestifter entscheidet. Man scheint in den nicht deutschfreundlichen Kreisen der Kommission, die nach der Zahl der ihnen zur Verfügung stehenden Truppen — dem augenblicklich einzigen Beweismittel in Oberschlesien quantitativ die stärksten sind, nach außen hin das Recht, in Wirklichkeit aber das Unrecht festlegen und sichern zu wollen. Das Wort des Rattowiger Stadtkommandanten, der auf deutsche Beschwerden über das Eindringen von polnischen Insurgenten antwortete: „Ja, soll ich denn schießen lassen?“ scheinen diese Kreise auf ganz Oberschlesien anwenden zu wollen.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Zurückhaltung diplomatisch zweifellos an Boden gewonnen. Aber auch moralisch ließe sich gerade jetzt unendlich viel wirken. Nach dem Rauf der Abstimmung, in den ein großer Teil der friedliebenden obereschlesischen Polen durch eine geschickt gesteuerte Propaganda systematisch hineingeführt worden war, kehrte unerwartet rasch bei vielen die kritische Befinnung wieder. Das Beispiel Posens hat sie darüber belehrt, daß die ihnen von dem Sejm versprochene Autonomie ein Räuber ist. In der gestrigen Nummer der „Wossischen Zeitung“ hat ein Oppelnter aufschaulich und Überzeugend geschildert, wie die Posener Provinz an der Wockpfeife zugrunde gegangen ist. Daß die obereschlesisch-polnische Intelligenz sich dieser Gefahren genau bewußt ist, zeigen zwei, bald nach der Abstimmung stattgefundene Kongresse, auf denen sich einmal obereschlesische Akademiker, das andere Mal Geistliche zu einer Abwehrvereinigung zusammenschlossen, um bei einem Anfall des Landes an Polen seine provincial-autonomen Ansprüche zu sichern.

Es ist zweifellos, daß von den 40 v. H. der Stimmen, die im vergangenen März für einen Anschluß an die Weichsel-Republik abgegeben wurden, höchstens 20 v. H. nationalpolnisch sind. Die übrigen 20 v. H. sind von Polen abgegeben worden, die zwar polnisch fühlen und sprechen, politisch und wirtschaftlich aber Deutschland zuneigen. Sie sind in erster Reihe die Oberschlesier und erst dann Polen.

Innerhalb der Führerschaft dieser Kreise bricht sich nun erfreulicherweise seit einiger Zeit der Versöhnungsgedanke und die Ueberlegung Bahn, daß sie bei einer Auslieferung an die Warschauer Chauvinisten den Kürzeren ziehen würden. Da bei einem Verbleiben ganz Oberschlesiens bei Deutschland die polnischen Einwohner sicherlich völkerrrechtlich Minoritätenschutz erhalten werden, so würde es einen großen Gewinn für die deutsche Sache bedeuten, wenn das Reich versuchen würde, mit diesen Kreisen Fühlung zu nehmen. Das dürfte um so leichter sein, als die bereits zugesagte Autonomie dazu die Handhabe bietet.

Die Reorganisation, die die Interalliierte Kommission in den nächsten Tagen innerhalb der obereschlesischen Verwaltung durchführen muß, wird, wenn die Worte von Versöhnung und Humanität wahr bleiben sollen, dazu führen müssen, daß die Militärdiktatur, unter der Oberschlesien seit 1 1/2 Jahren leidet, beseitigt wird. Sie muß nach der Meinung leitender obereschlesischer Kreise durch eine Zivilverwaltung ersetzt werden, in der die Kreisverwaltungen erweiterte Vollmachten bekommen. Den Kreisverwaltern aber sind partikularistische Ausschüffe beizugeben, die, ebenfalls mit gewissen Rechten versehen, endlich einmal beginnen, mit und nicht gegen einander zu arbeiten. Parallel damit dürfte eine Versöhnungspolitik der deutschen Regierung auf Grund der Tatsachen des 20. März sicher dazu beitragen, jene Polen wieder zurückzugewinnen, die im Herzen wünschen, bei Deutschland zu bleiben und die von Korfanty entfesselte Revolte verabscheuen.

(Siehe auch 3. und 4. Seite.)

Südslawien und Bulgarien.

Von

Dr. Michael Veres,

Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Belgrad, im Mai.

Die bulgarischen Staatsmänner arbeiten mit großer Geschwindigkeit daran, die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern zugunsten Bulgariens umzustimmen und eine Revision des Friedensvertrages von Neuilly vorzubereiten. Die Verhältnisse zwischen den alliierten Großmächten lassen diese Revision auch nicht unmöglich erscheinen; aber wichtiger als für diese Großmächte ist die Frage für die unmittelbaren Nachbarn Bulgariens und vor allem für den serbisch-kroatisch-slowenischen Staat. Hier betrachtet man die weiteren Schicksale Bulgariens unter den folgenden beiden Voraussetzungen: Man sieht Bulgarien als einen südslawischen und deshalb stammesverwandten Staat an, dessen engste Annäherung an das südslawische Reich als wichtiges politisches Ziel betrachtet wird. Andererseits großt man aber in Belgrad den Bulgaren und macht ihnen zum Vorwurf, daß sie ihrerseits nichts tun, um diese notwendige Annäherung herbeizuführen. Ernste südslawische Politiker sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Annäherung an Bulgarien erst dann erfolgen würde, wenn die heutige Generation der bulgarischen Führer einer späteren Platz gemacht haben wird, deren Politik in erster Linie von dem Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit aller Südslawen getragen sein wird.

Unzweifelhaft es seit dem Ende des Krieges nicht an Äußerungen von beiden Seiten, die der Wunsch nach einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen einerseits und Bulgarien andererseits ausdrücken. Erst jüngst wendete sich das führende Belgrader radikale Organ, die „Samouprava“, an Bulgarien und sprach von der Annäherung, die das Interesse Bulgariens selbst erfordere. Die Antwort von bulgarischer Seite ist unmittelbar erfolgt, indem das Blatt der nationalliberalen Partei „Republika“ erklärt, die offiziellen Vertreter Bulgariens in Belgrad hätten eigentlich nie etwas anderes getan, als auf die Notwendigkeit dieser Verständigung hingewiesen und auf ein Uebereinkommen hingearbeitet.

Seit der Unterzeichnung des bulgarischen Friedensvertrages hat Serbien keinen Tag verstreichen lassen, um die Erfüllung der Friedensbedingungen und in erster Reihe die Zurückstellung der während des Krieges seitens Bulgariens requirierten Bestände zu fordern. Außer der Frage der Kriegsgefangenen ist bis zum heutigen Tage fast nichts geregelt worden, es sei denn, daß Jugoslawen die Grenzstation Gzaribrod besetzt hat, was durch Notenwechsel und ähnliche Maßnahmen nicht gut hinausgeschoben werden konnte. Dennoch sah sich die südslawische Regierung in Belgrad Ende Dezember des vorigen Jahres gezwungen, den gesamten Eisenbahnverkehr mit Bulgarien zeitweilig abzubrechen, da die serbischen Waggons nicht entsprechend zurückgestellt wurden. Langsam kam es dazu, daß man in Belgrad selbst an der Bereitwilligkeit Bulgariens zu zweifeln begann, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

In der bulgarisch-serbischen Grenze waren Zwischenfälle stets auf der Tagesordnung, aber niemand hat den Einfällen bewaffneter Banden mehr Bedeutung beigemessen, als ihnen auf dem Balkan zukommt. Erster zu beurteilen begann man diese jüngsten Bandenunruhen, als man einerseits in Sofia eine Verschleppungstaktik, andererseits in den Grenzzwischenfällen ein gewisses System zu erkennen wußte. Seit einigen Wochen ist die Stimmung gegenüber Bulgarien gespannt, und man wendet den Vorlesungen an der bulgarischen Grenze ein ebenso wachsendes Auge zu, wie denen an der albanischen Nordgrenze, wo mit Sommeranfang, vielleicht auch mit den Erfolgen der Kisten gegen Griechenland zusammenhängend, eine Gärung zu bemerken ist. Diese Anzeichen sprechen dafür, daß Bulgarien das immerhin schwierige, fast unlösbare Problem von Mazedonien noch lange nicht als zeitweilig erledigt anzusehen bereit sei.

Ein deutscher Gelehrter, D. Maul, hat noch zur Zeit des Weltkrieges (Mitteilungen der Geographischen Ges., München, Band X, 1915) die bulgarische Politik „politisch-tendenziös“ genannt, die in jedem mazedonischen Slawen einen Bulgaren zu erblicken glaubt. Darin findet auch der Belgrader Universitätsprofessor Cvijic Questions balkaniques) das auseinanderhaltende Moment zwischen den südslawischen Völkern des Balkans. Diese wissenschaftlich begründete Auffassung des Gelehrten beherrscht die mazedonische Politik Serbiens, die die in Mazedonien lebenden Südslawen im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen untergebracht wissen will. Die slawische Bevölkerung von Mazedonien ist weder bulgarisch, noch serbisch, obgleich mit beiden Völkern nahe verwandt. Wenn man Mazedonien an Serbien anschließt oder aber an Bulgarien, meint Cvijic, wird sich die zweite Generation überall vollständig assimilierten. Sowohl in Serbien wie in Bulgarien gibt es eine Reihe von alten Familien mazedonischen Ursprunges, die sich hier und dort ganz assimiliert haben. Die Frage Mazedoniens ist heute also ein Politikum geworden: der Ausgang des Weltkrieges hat den Serben die Bahn geöffnet, sie fordern die Mazedonier aus politischen, aber auch aus